

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) in Baden

Die badische Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) des Kaiserreichs zählte zum reformistischen Flügel der Partei. Sie hielt bis zum Ende des Ersten Weltkriegs am Burgfrieden fest, ihre Führung lehnte eine Revolution ab. Die Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD), die sich im Frühjahr 1917 abspalteten, blieben in Baden ohne größere Bedeutung. 1922 kehrten die Reste der badischen USPD in die SPD zurück, nachdem der Großteil ihrer Mitglieder zur Kommunistischen Partei (KPD) übergegangen war. Die badische SPD beteiligte sich zusammen mit der USPD, den Demokraten und der Zentrumspartei an der vorläufigen Volksregierung.

Bei den Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung 1919 erhielt die SPD 32,06 Prozent der Stimmen und konnte damit 36 von 107 Mandaten auf sich vereinen. Nach dieser Wahl bildeten Zentrumspartei, SPD und Deutsche Demokratische Partei (DDP) eine Weimarer Koalition. Bis 1932 regierten stets Zentrumspartei und SPD, meist zusammen mit der DDP, aber auch mit der Deutschen Volkspartei (DVP). Bei den Landtagswahlen 1921 kam die SPD auf 22,67 Prozent der Stimmen bzw. 20 auf von 86 Mandaten, 1925 auf 20,85 Prozent bzw. auf 16 von 72 Mandaten und 1929 auf 20,07 Prozent bzw. auf 18 von 88 Mandaten.

Die sozialdemokratische Politik war in Baden vor allem auf die Lösung kurzfristiger Probleme gerichtet. Langfristige Projekte überließ sie der Reichspartei. Angesichts der Dominanz der Zentrumspartei akzeptierte die badische SPD das Fortbestehen der Simultanschule. Dasselbe galt für das Lehrerbildungsgesetz von 1926 und das Kirchenvermögensgesetz von 1927 - beide Gesetze kamen den Vorstellungen der Zentrumspartei stark entgegen. Nach der Wahl von 1929 war die SPD sogar bereit, Konkordatsverhandlungen zu akzeptieren. Wegen dieses Kurses spaltete sich 1931 die Sozialistische Arbeiterpartei von ihr ab, die allerdings nur geringen Erfolg hatte. 1932 zerbrach die Regierungskoalition am Konkordat.

1920 hatte die SPD fast 47.000, 1927 dagegen nur noch fast 24.000 Mitglieder. Diese Zahl stieg anschließend wieder allmählich an.

Literatur:

FURTWÄNGLER, Martin (Bearb.), Ministerlisten, in: SCHWARZMAIER, Hansmartin / TADDEY, Gerhard / MERTENS, Dieter (Hg.), Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 5: Wirtschafts- und Sozialgeschichte seit 1918 – Übersichten und Materialien – Gesamtregister (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg), Stuttgart 2007, S. 479-513, hier 483-486.

FURTWÄNGLER, Martin (Bearb.), Wahlen, in: SCHWARZMAIER, Hansmartin / TADDEY, Gerhard / MERTENS, Dieter (Hg.), Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 5: Wirtschafts- und Sozialgeschichte seit 1918 – Übersichten und Materialien – Gesamtregister (Veröffentlichung der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg), Stuttgart 2007, S. 515-532, hier 519.

STEHLING-HÖFLING, Jutta, Die badische SPD im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik 1914-1933, in: SCHADT, Jörg / SCHMIERER, Wolfgang (Hg.), Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 3), Stuttgart 1979, S. 132-159.

GND-Nr. 44261-6, VIAF-Nr. 149516017

Empfohlene Zitierweise:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) in Baden, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 1394, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/1394. Letzter Zugriff am: 10.05.2024.